

**INTERPELLATION** von Dr. Thomas Huonker (SP, Zürich) und Gabrielle Keller (SP, Turbenthal)

betreffend Einsichtsrecht in medizinische und psychiatrische Akten im Zusammenhang mit der Verfolgung und Diffamierung von Jenischen sowie Bestandessicherung und Aufarbeitung dieser Akten

---

Im Zug einer umfassenden und ehrlichen Aufarbeitung der Schweizer Geschichte steht auch die Rolle von Medizin und Psychiatrie gegenüber der Volksgruppe der Jenischen zur Debatte.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist auch der Regierungsrat der Ansicht, dass medizinische und psychiatrische Befunde und Behandlungen in Respekt und Rücksicht auf die ethnische, kulturelle und religiöse Zugehörigkeit der Untersuchten und Behandelten stattzufinden haben, dass es aber nicht angeht, ethnische, kulturelle oder religiöse Menschengruppen durch Befunde oder Behandlungen herabzusetzen oder zu schädigen?
2. Ist auch der Regierungsrat der Ansicht, dass ungeachtet ihrer Herkunft und Zugehörigkeit allen Patienten und Patientinnen das Recht auf kostenlose Zustellung der vollständigen Krankengeschichte zusteht?
3. Ist sich der Regierungsrat der Tatsache bewusst, dass Mündel des sogenannten "Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse", deren Eltern und Verwandte sowie andere Jenische als Opfer eines gezielten Nachwuchsverhinderungs- und Familienzerstörungsprogramms auch in Zürcher Spitälern und psychiatrischen Kliniken speziellen Untersuchungen unterzogen worden sind? Betroffene berichten unter anderem von Zwangssterilisationen, Elektroschocks und Schädelvermessungen.
4. Ein führender Wissenschaftler des nationalsozialistischen Programms zur "Ausmerzungen" von "Zigeunerbastarden" und "Strolchengeschlechtern", Dr. phil. et med. Robert Ritter, war in der Anfangszeit des gesamtschweizerischen Programms gegen die Familien der Fahrenden Assistenzarzt am Burghölzli. Könnte es sein, dass er von den einschlägigen diffamierenden "Forschungen" schweizerischer Psychiater wie Dr. Jörgen betreffend die angebliche "erbliche Minderwertigkeit" unserer jenischen Mitbürgerinnen und Mitbürger beeinflusst worden ist?
5. Anerkennt und unterstützt der Regierungsrat das legitime Interesse der Betroffenen und ihrer Organisationen an der Sicherstellung, Sichtung, Aufarbeitung und Korrektur diesbezüglicher Akten insbesondere auch aus Medizin und Psychiatrie, nachdem andere diesbezügliche Akten nur noch als "Aktenrestbestand" vorliegen?
6. Jenische Mitbürgerinnen und Mitbürger, denen der Bund eine finanzielle "Wiedergutmachung" zugestanden, haben teilweise die ihnen versprochenen Beträge nicht oder nur teilweise erhalten. Wie viele Personen im Kanton Zürich sind in dieser Lage?
7. Wie schätzt der Regierungsrat zur Zeit die Mitverantwortung und Mitschuld des Standes Zürich in dieser Verfolgungsgeschichte ein, und wie gedenkt er seine Wiedergutmachungspflicht weiter wahrzunehmen?

Dr. Thomas Huonker  
Gabrielle Keller

Dr. A. Riedi  
H. Schmid  
S. Moser-Cathrein  
S. Rusca Speck  
P. Vonlanthen  
P. Oser  
R. Keller

J. Fehr  
S. Frutig  
Ch. Schürch  
D. Gerber-Weeber  
F. Cahannes  
Dr. S. Brändli  
T. Kohler

E. Derisiotis  
J. Vogel  
B. Marty Kälin  
J. Gerber Rüegg  
L. Waldner  
R. Ziegler-Leuzinger  
L. Illi

Dr. H. Mosimann  
E. Arnet  
P. Stirnemann  
M. Bornhauser  
E. Hallauer-Mager  
D. Jaun  
A. Bucher

### Begründung

Das Selbstverständnis der Schweiz steckt in einer Krise. Neuere Erkenntnisse über die Rolle unseres Landes im Lauf der Geschichte werfen hohe Wellen. Umfassende Abklärungen sind notwendig, um Gegenwart und Zukunft konstruktiv anzugehen. Dazu gehören auch ehrliche Abklärungen über die Rolle von Medizin und Psychiatrie gegenüber Jenischen, die - hauptsächlich als Opfer der Pro-Juventute-Aktion "Kinder der Landstrasse" - im Kanton Zürich Schaden erlitten haben. Wir sind davon überzeugt, dass Zürcher Regierung und Parlament ihre diesbezügliche Verantwortung zügig wahrnehmen müssen.